Objektive Nachrichten - Revolutionäre Kommentare **Ausgabe Nr. 64 | Juli 2022**

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Wer stoppt die Preisexplosion?!

Das können nur wir selber tun! – Denn weder Bundesregierung noch DGB-Gewerkschaften werden den massiven Preissteigerungen Einhalt gebieten. Während sie mit den profitierenden Großkonzernen gemeinsame Sache machen, müssen wir als Arbeiter:innen auf die eigene Kraft vertrauen. Wenn wir unsere fortlaufende Verarmung aufhalten wollen, müssen wir selbst dafür kämpfen!

Wir stehen vor den Regalen im Supermarkt, fahren zur Tankstelle oder holen Rechnungen aus dem Briefkasten. Und jedes Mal ein höherer Preis. Waren es nicht letzte Woche noch 30 Cent, letztes Jahr noch 30 Euro weniger? Und nach einem Monat schauen wir auf unseren Lohn und sehen die einzige Zahl, die offenbar niemals größer wird.

Wir, das ist die Arbeiter:innenklasse, und Inflation und Teuerung fressen aktuell das bisschen an Geld auf, welches wir jeden Monat für den Verkauf unserer Arbeitskraft bekommen.

„Die Löhne dürfen nicht steigen!", rufen in Anbetracht der Preissteigerung sofort bürgerliche Ökonom:innen, die das Märchen der Lohn-Preis-Spirale erzählen. „Wir entlasten euch!", ruft die Bundesregierung dann zum Trost, während sie unser Geld nimmt und den Großkonzernen in die Hand drückt. „Wir kämpfen für euch!", rufen zum Schluss die DGB-Gewerkschaften und stellen Forderungen auf, die niedriger als die Inflation sind. Am gemeinsamen Tisch mit dem Kapital wird sich nur noch nett bedankt, nachdem selbst diese Forderung abgeschwächt und die doppelte Tarifvertrag-Laufzeit beschlossen wurde.

Sie können alle so viel rufen, wie sie wollen. Hinter jeder ihrer Reden steckt die Absicht, die Profite der Kapitalist:innen in Zeiten von Krieg und Krisen bestmöglich zu schützen.

Bürgerliche Ökonom:innen sind Ideolog:innen des Kapitals. Die BRD bleibt der Staat der Monopole VW, RWE, der Schwarz-Gruppe und Co., in deren Interesse jede Regierung arbeitet. Gelbe, sozialpartnerschaftliche Gewerkschaften bleiben in Tarifrunden zahnlos, und spielen rechte Hand, wenn es um die Unterdrückung kampfbereiter Arbeiter:innen geht. Die Praxis beweist zur Genüge, auf welcher Seite der Barrikade sie im Klassenkampf stehen. Da helfen weder überschwängliche Reden und Beteuerungen noch rote Logos, diese Tatsache zu verschleiern. Wer kein Interesse am Ende der Preisexplosion für die Arbeiter:innenklasse hat, der kann auch nicht lange so tun als ob.

Trotzdem wollen sie, egal ob bürgerliche Berufspolitiker:innen oder Gewerkschaftssekretär:innen, uns immer wieder weismachen, wir wären auf sie angewiesen. Sobald wir anfangen, auf unsere eigene Kraft zu vertrauen, werden wir aber schnell merken, dass es diese falschen „Vertreter:innen" überhaupt nicht braucht,. Im Gegensatz zu ihnen haben wir ein ehrliches Interesse am Ende unserer Verarmung, und sobald wir uns zusammenschließen und organisieren auch die notwendige Macht, um dieses Ziel zu erreichen. Als organisierte Klasse können wir nicht nur höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen erzielen, sondern ebenso den Kapitalismus als Wurzel unserer Ausbeutung und Unterdrückung zerschlagen und eine sozialistische Gesellschaft nach unseren Bedürfnissen aufbauen.

Wenn wir uns also die Frage stellen: „Wer stoppt endlich diese Preisexplosion?", dann lautet die Antwort niemand, wenn wir es nicht als Arbeiter:innen tun!

Einige konkrete Vorschläge dazu liefern wir im nächsten Artikel.

Die Preise steigen – die Regierung will uns ruhigstellen

Angesichts der Preissteigerungen hat der Staat Maßnahmen beschlossen, die angeblich der Entlastung der Bevölkerung dienen sollen. Um der Umverteilung von unten nach oben etwas entgegenzusetzen, müssen wir selbst Kämpfe führen und dabei die richtigen Forderungen aufstellen. > **Seite 3**

Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft

In Zeiten von explodierenden Preisen und einer seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesenen Teuerungsrate von bald 10% sind Arbeitskämpfe in den Betrieben die effektivste Maßnahme, um eine Absenkung des Lebensstandards zu verhindern. Doch wie müssen solche Arbeitskämpfe aussehen? > **Seite 4**

Die Preise steigen imme und die Regieru

Angesichts der stärksten Preissteigerungen seit Jahrzehnten hat der Staat neue Maßnahmen beschlossen, die angeblich der Entlastung der Bevölkerung dienen sollen. Dazu gehören das 9-Euro-Ticket, der Tankrabatt, eine Einmalzahlung für Bezieher:innen von Sozialleistungen, der Kinderbonus und die Energiepauschale. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich diese Maßnahmen jedoch entweder als Tropfen auf den heißen Stein oder sogar als versteckte Subventionen für das Kapital. Um der Umverteilung von unten nach oben wirksam etwas entgegenzusetzen, müssen wir als Arbeiter:innen selbst Kämpfe führen und dabei die richtigen Forderungen aufstellen.

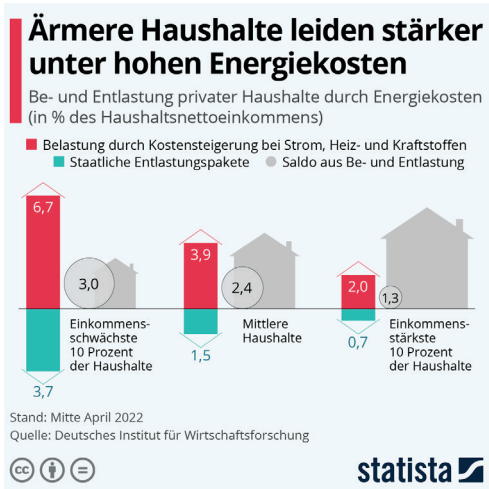
Preisexplosion geht weiter

Die Preise steigen und es ist kein Ende in Sicht. Für den Monat Mai schätzte das Statistische Bundesamt die durchschnittliche Verteuerung von Waren und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahr auf einen neuen Rekordwert von 7,9 Prozent. Damit lag sie so hoch wie zuletzt 1973/74. Entsprechend sind die Reallöhne im ersten Quartal 2022 gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 1,8 Prozent gefallen. Fast die Hälfte der Bevölkerung gibt in einer ARD-Umfrage an, dass sie sich infolge der Teuerung im Alltag „stark oder sehr stark“ einschränken müsse. In Ostdeutschland stellen dies 59 Prozent bei sich fest und bei Haushalten mit geringem Einkommen sogar 77 Prozent. Die steigenden Preise werden auch immer mehr zum bestimmenden Thema in alltäglichen Gesprächen am Arbeitsplatz, im Supermarkt und auf der Straße.

Entlastungspaket 2022

Die Bundesregierung bemüht sich, angesichts dieser Entwicklung entschlossenes Handeln zu signalisieren. So kündigte Bundeskanzler Scholz Anfang Juni eine „konzertierte Aktion“ an. Dabei handelt es sich um gemeinsame Beratungen von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, die ein Programm gegen die Teuerung erarbeiten sollen. Hierbei geht es aber vor allem darum, die DGB-Gewerkschaften politisch dafür einzubinden, entschlossene Lohnkämpfe in den Betrieben zu verhindern.

Erste eigene Maßnahmen der Ampel-Koalition sind in den vergangenen Wochen bereits in Kraft getreten. Unter der Überschrift „Entlastungspaket 2“ hatte die Regierung Ende April fünf Punkte beschlossen, die erklärtermaßen die sozialen Folgen der Preisexplosion abmildern sollen. Die bekannteste dieser Maßnahmen



ist wohl das 9-Euro-Ticket im Bahnverkehr, das am 1. Juni für drei Monate eingeführt wurde. Zusammen mit dem 9-Euro-Ticket griff auch ein Tankrabatt, der die Steigerung des Benzin- und Dieselpreises abfedern soll. Zusätzlich sollen im Rahmen des Entlastungspakets in den nächsten Wochen und Monaten noch eine Energiepreispauschale, ein Kindergeldbonus und eine Einmalzahlung für Bezieher:innen von Sozialleistungen kommen.

Wem nützen die Maßnahmen?

Was von der Regierung als großer Wurf zur Unterstützung der Bevölkerung in der Krise verkauft wird, hält einer kritischen Betrachtung nicht stand.

Das ***9-Euro-Ticket*** etwa berechtigt zwar zur Benutzung der allermeisten Busse und Bahnen im gesamten Bundesgebiet und senkt damit vorübergehend die Kosten, die Arbeiter:innen jeden Monat fürs Pendeln zur Arbeit bezahlen müssen. Das Angebot gilt aber nur vorübergehend und ist so ausgestaltet, dass es eher als Anreiz für günstige Sommerreisen in andere Regionen dient. Damit dürfte es auch mehr die durch die Corona-Pandemie gebeutelte Tourismus-Branche fördern als die Arbeiter:innenklasse. Zudem hat der Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) bereits angekündigt, dass die Ticketpreise für Busse und Bahnen nach Aus-

Aus dem Aufruf der Föderation klassenkämpferischer Organisationen:

Seit vielen Jahren wehren sich Politik und privatisierte Verkehrsunternehmen gegen die notwendige Forderung eines kostenlosen Nahverkehrs für alle. Im Sommer 2022 scheint dieses Ziel jedoch in greifbare Nähe gerückt zu sein. (...)

Nach der Einführung von sogenannten 365-€-Tickets in einigen Städten und dem jetzigen 9-Euro-Ticket muss der nächste logische Schritt die Umstellung auf einen dauerhaften kostenlosen Nahverkehr sein. Dabei darf jedoch nicht allein der Ticketpreis im Fokus stehen, sondern gleichzeitig muss der Nahverkehr bundesweit modernisiert, ausgebaut und gerade ländliche Regionen besser angebunden und barrierefrei werden. (...)

Zusammen kämpfen für kostenlosen Nahverkehr!

Die drei Monate des 9-Euro-Ticket-Sommers gehen schneller vorbei als wir gucken können. Danach werden die Ticketpreise nicht nur auf ihr vorheriges Niveau zurück springen, sondern schon jetzt haben die Verkehrsunternehmen starke Preissteigerungen angekündigt. Wir sehen daran, ein zuverlässiger, kostenloser und barrierefreier Nahverkehr wird uns nicht geschenkt – wir müssen ihn uns erkämpfen!

Kommt am 20. August mit uns auf die Straße gegen das Auslaufen des 9-Euro-Tickets und die Umsetzung eines bundesweit kostenlosen und ausgebauten Nahverkehrs!

er weiter - ng will uns ruhigstellen!

laufen des 9-Euro-Tickets erst recht überproportional ansteigen werden.

Auch der ***Tankrabatt*** hält nicht das, was er verspricht. Hierbei handelt es sich um eine dreimonatige Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe. Diese Steuersenkung haben sich die Mineralölkonzerne jedoch zügig selbst unter den Nagel gerissen, indem sie die Nettopreise an den Tankstellen erhöht haben. Wenige Tage nach einer öffentlichkeitswirksamen Preissenkung von Benzin und Diesel haben die Mineralölkonzerne ihre Monopolstellung auf dem Kraftstoffmarkt dazu benutzt, den Nachlass Schritt für Schritt wieder zurückzufahren. Hierdurch ist fast die Hälfte der Steuerersparnis in den Taschen von Shell, BP und ihren Kartellbrüdern gelandet, und der entlastende Effekt für die Arbeiter:innenklasse ist wieder verpufft. Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass Unternehmensverbände wie der Bundesverband der deutschen Industrie schon früh eine Verlängerung und Ausweitung der Energiesteuersenkung gefordert haben.

Bei der ***Energiepreispauschale*** wiederum handelt es sich um eine Einmalzahlung von 300 Euro. Diese soll nach Lesart der Bundesregierung die gestiegenen Preise für Öl und Gas ausgleichen und voraussichtlich im September mit dem Lohn an alle Menschen ausgezahlt werden, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Schon bei der Ankündigung der Pauschale hagelte es heftige Kritik. Denn erstens sind einmalige 300 Euro viel zu wenig, um die gestiegenen Preise für Strom und Gas für das ganze Jahr auszugleichen. Zweitens täuscht die Einmalzahlung nur schlecht darüber hinweg, dass die steigenden Energiepreise staatlich gewollt und zu einem großen Teil durch die sogenannte CO2-Abgabe herbeigeführt worden sind. Drittens müssen die Beschäftigten Steuern auf die Pauschale bezahlen. Und viertens sind ausgerechnet Rentner:innen davon ausgeschlossen – es sei denn, sie arbeiten in einem Teilzeitjob und verdienen darin mehr als 450 Euro monatlich dazu. Auch Studierende, pflegende Angehörige und Menschen, die Kranken- oder Elterngeld beziehen, gehen leer aus. Der Sozialverband VdK hat deshalb bereits eine Klage gegen das Gesetz angekündigt.

Die weiteren „Entlastungsmaßnahmen" aus dem Regierungspaket gleichen eher dem sprichwörtlichen „Tropfen auf den heißen Stein". Eine ***Einmalzahlung*** von 200 Euro für Empfänger:innen von Hartz IV und anderen Sozialleistungen oder ein ***Kindergeldbonus*** von 100 Euro pro Kind werden kaum ausreichen, um die Mehrkosten durch die Preisexplosion aufzufangen. Diese hat der Wirtschaftsprüfungskonzern PWC für einen vierköpfigen Haushalt nämlich auf durchschnittlich 242 Euro pro Monat geschätzt. Wenige hundert Euro einmaliger Zuschuss stehen damit mehreren tausend Euro Mehrbelastung pro Jahr gegenüber.

Nicht zuletzt müssen wir in Rechnung stellen, dass die Mittel für das Entlastungspaket aus dem Staatshaushalt stammen und damit ohnehin zum allergrößten Teil aus den Steuern und damit den Löhnen der Arbeiter:innenklasse finanziert werden. Konkret sollen die Mittel für das Paket aus einem Ergänzungshaushalt in Höhe von knapp 40 Milliarden Euro genommen werden. Allein die Kosten der Energiepreispauschale werden dabei auf 10,4 Milliarden Euro geschätzt.

Wie gegen die Teuerung kämpfen?

Das vollmundig angekündigte Entlastungspaket besteht also aus Maßnahmen, die 1. die Folgen der Preisexplosion für die Arbeiter:innenklasse nicht wirklich abmildern, 2. von dieser selbst bezahlt werden und 3. zum Teil sogar direkte Subventionen für das Kapital sind.

Was aber sind die Alternativen? Für welche konkreten Forderungen sollten wir als Arbeiter:innenklasse jetzt kämpfen, um ihrer galoppierenden Verarmung entgegenzuwirken?

1. sollte im Zentrum des Kampfes gegen die Teuerung genau die Forderung stehen, von denen Regierung, Kapital und DGB gemeinsam ablenken wollen: Nämlich die Forderung nach höheren Löhnen, Sozialleistungen und Renten. Wenn wir die Krise nicht bezahlen wollen, müssen wir in diesem Jahr Lohnsteigerungen erkämpfen, welche die tatsächlichen Preissteigerungen mindestens ausgleichen. Diese dürften in der Realität sogar weit über den offiziell berechneten 7,9 Prozent liegen. Warum gehen wir also nicht mit Forderungen von 15 Prozent Lohnsteigerung und mehr in die diesjährigen Tarifrunden bzw. die Lohnrunden in unseren Betrieben und kämpfen auch für entsprechende Anpassungen der Renten und Sozialleistungen?

2. bleibt es die richtige Orientierung, für die Streichung von indirekten Steuern zu kämpfen, die nämlich zum allergrößten Teil von der Arbeiter:innenklasse bezahlt werden. Wir haben gesehen, dass kapitalistische Monopole in diesem Fall zwar versuchen, die Nettopreise ihrer Waren zu erhöhen, um sich die Steuererleichterung selbst einzustreichen. Die Streichung indirekter Steuern bleibt aber der einzige Weg, um den Geldbetrag zu senken, der aus den Taschen der Arbeiter:innenklasse in den Staatshaushalt fließt und von dort nach oben umverteilt wird. Zusätzlich sollten wir jedoch parallel für höhere Unternehmens- und Kapitalsteuern kämpfen, damit eventuelle Preiserhöhungen der Monopole hiervon wieder aufgefressen werden.

3. sollten wir konkrete und dauerhafte Maßnahmen erkämpfen, die den Kostendruck an vielen Stellen von uns nehmen. Dazu gehören etwa ein generell kostenloser Nahverkehr und Preisbremsen für Mieten, Strom und Kraftstoffe.

Um diese Forderungen durchzusetzen und damit unsere brennendsten Nöte in der Krise abzumildern, müssen wir uns in Betrieben und Stadtteilen selbständig organisieren und entschlossene Kämpfe führen. Denn wir sehen am „Entlastungspaket" der Ampel-Regierung, dass der Staat uns nichts schenken wird und uns nur mit Mogelpackungen vom Widerstand abhalten will.

Arbeitskampf im Betrieb: Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft

Gerade in Zeiten von explodierenden Preisen und einer seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesenen Teuerungsrate von bald 10% sind Arbeitskämpfe in den Betrieben die effektivste Maßnahme, um eine drastische Absenkung des Lebensstandards zu verhindern. Doch wie müssen solche Arbeitskämpfe aussehen?

Die Tarifverhandlungen im Frühjahr im Sozial- und Erziehungsdienst und auch die am 1. Mai gestarteten Tarifauseinandersetzungen an den Unikliniken in NRW zeigen, dass die Kapitalverbände ohne Streiks gar nicht erst zu Verhandlungen bereit waren. Sie legten überhaupt keine eigenen Angebote für die geforderten Verbesserungen vor, sondern lehnten diese komplett ab.

Nicht umsonst hat selbst das Bundesarbeitsgericht, welches sicher nicht für seine Freundlichkeit gegenüber Arbeiter:innen bekannt ist, bereits 1980 festgestellt: „Tarifverhandlungen ohne das Recht zum Streik wären nicht mehr als kollektives Betteln“.

Genau das mussten auch die Arbeiter:innen im Sozial- und Erziehungdienst und den Unikliniken feststellen. Alle Appelle und Ultimaten wurden ignoriert, bis die Beschäftigten die Arbeit niederlegten und für ihre berechtigten Forderungen streikten.

Wessen Forderungen? Welche Ergebnisse?

Doch wer entscheidet eigentlich über die Forderungen, für die gestreikt wird und ob die Zugeständnisse der Kapitalverbände angenommen werden? In der Regel sind dies leider nicht die betroffenen Beschäftigten, die diese Ergebnisse durch ihren ökonomischen Druck erstreiken, sondern hauptamtliche Gewerkschaftssekretär:innen welche sich als „Sozialpartner“ der Kapitalisten verstehen und es sich mit ihnen am liebsten nicht zu sehr verscherzen wollen.

Besonders deutlich konnte man dies bei den aktuellen Verhandlungen der Stahlindustrie sehen. Nach einer einzigen Runde von Warnstreiks stimmten die hauptamtlichen Verhandler:innen der IG Metall einem faulen Kompromiss bzw. „Interessenausgleich“ zu, der für deutliche Reallohnsenkungen sorgt.

Stolz pries der IG Metall-Bezirksleiter in NRW Knut Giesler das Ergebnis als die „höchste prozentuale Erhöhung in der Stahlindustrie seit 30 Jahren“. Was er verschweigt: die Inflation ist derzeit auf dem höchsten Stand seit 50 Jahren und dass der verhandelte „Erfolg“ damit real eine herbe Niederlage ist.

Mithilfe sogenannter „Vertrauensmänner“ oder „Tarifbotschafter“ sollen die von den Gewerkschaften als „realistisch“ eingeschätzten Forderungen und Verhandlungsergebnisse den Beschäftigten vermittelt und als ihre eigenen verkauft werden. Diese Forderungen, berücksichtigen aber eben nicht allein die Interessen der Arbeiter:innen, sondern die beider „Tarifpartner“.

Arbeitskampf statt ritualisierte Tarifrunden

Der Arbeitskampf gehört jedoch nicht in die Hände von irgendwelchen Gewerkschaftssekretär:innen, die diese stellvertretend für die Arbeiter:innen führen, sondern muss von Anfang bis Ende durch die Arbeiter:innen selbst geführt werden. Von der Aufstellung der Forderungen, über die Streikleitung bis hin zu den Verhandlungen müssen die betroffenen Arbeiter:innen diese selbst führen. Dazu gehört die größtmögliche Einbindung der Belegschaften durch Streikkonferenzen in allen Phasen des Arbeitskampfes.

Die breite Beteiligung von hunderten Kolleg:innen an den Verhandlungskommissionen und Streikdelegiertenkonferenzen im Tarifkampf an den Unikliniken in NRW ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit die Streiks aber nicht immer wieder zu faulen Kompromissen und Nullrunden führen, müssen sie direkt durch die Arbeiter:innen geführt werden. Nur so kann die vorherrschende Sozialpartnerschaft durch Klassenkampf ersetzt werden.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 16991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE» APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die Perspektive-App über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:
perspektive-online.net/app/

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Abonniere die Printausgabe von „Perspektive“
  perspektive-online.net/abo/
- Werde Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
  perspektive-online.net/verein/
- Unterstütze uns mit einer Spende.
  perspektive-online.net/spenden/